ROTE KOMMENTARE

BETRIEBSPROJEKTGRUPPE
SDS HEIDELBERG
23.5.69

STRASSENBAHNFAHRPREISERHÖHUNG

Ab 1. Juni werden die Fahrpreise der Heidelberger Straßenbahn und der Busse um 20 bis 30 % erhöht. Davon werden vor allem die betroffen, die täglich mit der Straßenbahn zur Arbeit fahren oder die zum Einkaufen ins Stadtzentrum müssen. Für die Arbeiter bedeutet die Fahrpreiserhöhung eine direkte Lohneinbuße. Sie müssen für die Fahrt zum Arbeitsplatz noch mehr bezahlen, obwohl diese Fahrten für sie Verkürzung der freien Zeit, d.h. Teil der Arbeitszeit sind. In der Stadtratssitzung vom Donnerstag hat der Stadtrat Vetter die Rechnung aufgestellt. Danach gibt z.B. ein Arbeiter, der im Boxberg wohnt und in den Pfaffengrund zur Arbeit fährt, 5 % seines Lohnes für die Straßenbahn aus.

Die Herren im Aufsichtsrat der Straßenbahngesellschaft und im Stadtrat wanden sich wie die Aale in der Diskussion um die Fahrpreiserhöhung. Einerseits ist das für sie der bequemste Weg, die Unwirtschaftlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel auszugleichen, andererseits fürchten sie die Unzufriedenheit der Betroffenen.

Sie befinden sich in der Zwickmühle: der Staat stützt die bestehende Gesellschaftsordnung, d.h. die Interessen derer, die die Macht haben, er stützt die privatwirtschaftlichen Interessen der Unternehmer. Die Wirtschaftspolitik des Staates z.B. zielt darauf ab, die Profite der großen Konzerne zu garantieren. Die DM wurde trotz drohender Preissteigerungen nicht aufgewertet, um die Exportprofite vor allem auch der Autoindustrie nicht zu gefährden. In den Sektoren aber, die nicht für die Privatindustrie profitabel sind, für die Befriedigung kollektiver Bedürfnisse aber unbedingt notwendig (Wohnungsbau, Ausbildung, Massenverkehrsmittel) wird nur soviel getan, wie unbedingt notwendig, damit der Laden nicht zusammenbricht. Der Staat (bzw. das Land oder die Gemeinden) unterstützen diese Sektoren finanziell, denn natürlich ist es notwendig, daß z.B. auch die Arbeiter, deren Löhne für ein Auto zu niedrig sind zur Arbeit in die Fabriken der Unternehmer geschafft werden. Daß die Heidelberger Straßenbahnen aber als Aktiengesellschaft privatwirtschaftlich geführt werden ermöglicht, daß man im Namen der Wirtschaftlichkeit möglichst viele Kosten auf die Preise zu Lasten der Benutzer abwälzt.
Heute sind die öffentlichen Verkehrsmittel wegen der Konkurrenz der Autoindustrie und der fehlenden Investitionsbereitschaft der staatlichen Organe nicht mehr profitabel. Anstatt die wachsenden Kosten der Transportmittel den Unternehmern zu Lasten zu legen, die ihre Profite ja schließlich mit der Arbeitskraft der Benutzer der Straßenbahnen gewinnen, schließen die Herren in der Verwaltung einen faulen Kompromiss: sie schießen einerseits aus dem Stadtsäckel Kapital zu und andererseits lassen sie die bezahlen, die es am meisten spüren.

Wir dürfen uns nicht wieder die Schwierigkeiten aufhalsen lassen, in die die Herrschenden sich hineinlavieren. Die Fahrpreiserhöhung ist kein Einzelfall. Die abhängig Arbeitenden sind immer die ersten Opfer jeder Schwierigkeit des Kapitals. Ihre Löhne werden gekürzt, ihre Lebensmittel werden teurer; sie sind auch die Opfer der unzureichenden Sozialpolitik des Staates. Zundel hat im Gemeinderat schon erklärt, daß die jetzt ergriffenen Maßnahmen nur für etwa 2 Jahre reichen.

Wenn wir uns die Fahrpreiserhöhungen nicht gefallen lassen, und uns massenhaft dagegen wehren, können wir zeigen, daß wir unsere Interessen durchsetzen können und gegen uns gerichtete Maßnahmen verhindern. In Bremen haben vor 2 Jahren die Proteste der jungen Arbeiter und Schüler gegen eine Fahrpreiserhöhung die Stadtverwaltung zum Rückzug gezwungen.

Beteiligt Euch an den Diskussionen in den Straßenbahnen über die Fahrpreiserhöhung und die schlechte Sozialpolitik.

Benutzt ab 1. Juni die Straßenbahnen kostenlos und laßt Euch auch nicht kontrollieren.

Diskutiert über Möglichkeiten des direkten Widerstands gegen die Fahrpreiserhöhung. Helft Euch gegenseitig. Klebt rote Punkte in Eure Autos, die zeigen, daß Ihr bereit seid, andere mitzunehmen. (zu erhalten im AStA oder selbst anzufertigen).

SCHLIMM GENUG, DASS MAN STUNDENLANG IN STRASSENBAHNEN RUMHOCKEN MUSS - SCHLIMMER NOCH, WENN MAN DAFÜR BEZAHLT !

Verkürzt die Arbeitszeit! Kämpft für freie Fahrt zum Arbeitsplatz!

ÜBER DEN STREIK DER AUSLÄNDISCHEN ARBEITER BEI LANZ IN MANNHEIM

Am Montag, den 19.5.69, streikten alle 18o ausländischen Arbeiter bei John-Deere-Lanz, Mannheim. Die Arbeiter wohnen in 3 Baracken und bezahlen für 1 qm 1o DM pro Monat. Jeder hat nur 3 1/2 qm Wohnraum. In der Zeit der hohen Unternehmergewinne und damit zugleich stärkeren Ausbeutung der Arbeitskraft, der "Hochkonjunktur", wollte die Firmenleitung kurzfristig einige neue ausländische Arbeiter einstellen. Da es sich nicht lohnte neue Baracken zu bauen, sollten auch noch die Aufenthaltsräume der ausländischen Arbeiter mit je 12 Schlafstellen gefüllt werden. Die Firma wollte schnell hohe Profite machen, und dies auf dem billigsten Weg erreichen. Die Arbeiter wehrten sich gegen diese Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Durch den solidarischen Streik zwangen sie die Firmenleitung, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben: 1. Die Aufenthaltsräume wurden nicht umgewandelt zu Schlafräumen. 2. Die Fernsehapparate mußten wieder aufgestellt werden. Die Einrichtung der Baracken mußte verbessert werden, 3. Die Mieten wurden gesenkt.

Der DGB verleumdete die solidarische Aktion der Arbeiter als "wilden Streik", obwohl durch den Streik vollkommen unerträgliche Veränderungen abgewehrt werden konnten.

Die Durchsetzung dieser Forderungen der Arbeiter war an sich nicht mehr als die Verteidigung einer schlechten Lage gegen eine Veränderung, die diese schlechte Lage noch unerträglicher gemacht hätte.

Die weiterführende Forderung nach Zahlung des ausgefallenen Lohnes dagegen bedrohte die alleinige Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Profite. Mit dieser Forderung gingen die Arbeiter zum Gegenangriff über. Die Firmenleitung mußte hier ihre Macht über die Arbeiter und ihr Prestige verteidigen. Die Arbeiter bei Lanz haben aufgezeigt, daß der Kampf gegen die Macht der Kapitalisten selbst aufgenommen werden muß. Die Kapitalisten, die genau wissen, daß mit dieser Forderung ihre Macht bedroht ist, versuchten mit allen Mitteln zu verhindern, daß die sozialistischen Arbeiter durch solidarisches Handeln weitergehende Erfolge erzielen. In diesem Kampf wurden die Kapitalisten von der Gewerkschaft unterstützt. Sie zahlte den streikenden Arbeitern keine Streikgelder und könnte so jeden weiterführenden Erfolg der Arbeiter verhindern. Der Streik wurde am Mittwoch nicht weiter geführt. Nur auf dem Weg der weiteren Politisierung und Organisierung der Arbeiterschaft kann die Macht der Kapitalisten wirksam bekämpft werden. In diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit von Arbeitern und Studenten wichtig. Die Arbeiter bei Lanz wurden in ihrem Kampf durch die Studenten unterstützt. An der Universität Heidelberg z.B. wurden über 1ooo DM gesammelt. Die Kapitalisten haben bei Lanz versucht, Extraprofite in der Hochkonjunktur auf Kosten der Arbeiter zu machen. Sie wurden abgewehrt. Dies ist kein Sieg auf der ganzen Linie, sondern ein Anfang, der zeigt, daß die Arbeiter sich nicht alles gefallen zu lassen brauchen. Nicht nur die ausländischen Arbeiter werden in Zeiten der hohen Aufträge und hohen Profite stärker ausgebeutet, auch die deutschen Arbeiter müssen z.B. auf dem Wege der Überstunden ihre Arbeitskraft billiger an die Kapitalisten zu verkaufen.

Der Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeiter kann nur von den ausländischen und deutschen Arbeitern gemeinsam geführt werden!!!

DER TRICK MIT DEN ÜBERSTUNDEN

Während der Frühjahrskonjunktur steigt die Nachfrage auf dem Markt. Es erhöht sich also die Zahl der Aufträge. Da es im Interesse des Unternehmers ist, diesen Aufträgen nachzukommen, muß er die Produktion erhöhen. Jedoch will er sich dabei nicht in große Kosten stürzen, z.B. durch den Kauf von Maschinen, da er nicht weiß, wielange die Marktlage günstig ist. In einer solchen Situation müssen die Arbeiter Überstunden machen und zwar genau soviel, wie dem Unternehmer richtig erscheint, um die für den Markt notwendige Warenproduktion zu erreichen. Ausländische Arbeitskräfte werden für ein Spottgeld gekauft, die dann vielfach in Baracken zusammengepfercht wohnen müssen. Die Frühjahrskonjunktur bringt dem Unternehmer mehr Gewinne. Die Rechnung haben aber deutsche wie ausländische Arbeiter zu bezahlen. Dies wurde diese Woche in Mannheim am deutlichsten sichtbar bei John Deere-Lanz, als neue spanische Arbeiter in den eh schon zu engen Barracken untergebracht werden sollten. Die ausländischen Arbeiter machten da nicht mehr mit: sie erkämpften im Streik die Verwirklichung ihrer Forderungen.

Der Chef weiß genau, daß die Arbeiter Überstunden machen werden, da sie Geld nicht im Überfluß haben, um die zum Teil durch Reklame usw. künstlich erzeugten Bedürfnisse (z.B. Modeartikel) zu befriedigen. Dadurch kann der Unternehmer diesen Überstunden einen "Freiwilligkeitscharakter" geben. Er läßt verkünden, man könne Überstunden machen und die Arbeiter melden sich "freiwillig". Auf Grund des auf dem Arbeiter lastenden wirtschaftlichen Drucks wird so die 40-Stunden-Woche, ohne dabei solche Arbeiter zu berücksichtigen (Maschinisten, Heizer, Kraftfahrer usw.), die noch heute in der Woche 46 bis 52 Stunden arbeiten müssen, ohne entsprechenden Lohn.
Die geleisteten Überstunden werden ein der Regel mit 25% - 50% Zuschlag vergütet. (Nur an besonderen Feiertagen werden 150% mehr bezahlt.)

Wird der Arbeiter sowieso in die Pfanne gehauen Überstunden zu machen, so wird er auf der anderen Seite nicht einmal entsprechend entlohnt dafür.

Wir wissen, daß durch Leistungssteigerung oder in unserem Fall durch Arbeitszeitverlängerung eine intensivere Ausnützung der Produktionsmittel erreicht wird und auf diese Weise eine Produktionskostensenkung (Sinken der fixen Stückkosten) eintritt.

Für den Unternehmer entstehen durch den Überstundenzuschlag keine zusätzlichen Kosten oder Profiteinbußen. Denn der Zuschlag liegt weit unter den durch die Kostensenkung entstandenen Gewinne.

Um einen Anreiz zur Arbeitsbereitschaft bei den Arbeitern zu schaffen, setzt der Kapitalist einen einfachen ökonomischen Hebel in Gang: Er erhöht zwar die an und für sich schon zu niedrigen Löhne, jedoch so, daß trotzdem sein Profit noch steigt. Vor dergründig erhöht sich so zwar der Lohn, aber der Lohnanteil an dem geschaffenen Wert sinkt um ein Vielfaches.

Was bei Überstunden im kleinen geschieht, kennt der Arbeiter schon im großen Stil: Durch die dirigistische Konjunkturwiederbelebung, wie z.B. nach 1967 betrug der Zuwachs der Gewinne der Unternehmer 20%, die Lohnsteigerung der Arbeiter jedoch weniger als 4%.

Bei den Überstunden wird der Arbeiter nun zweifach betrogen. 1.dadurch, daß ihm der von ihm in der normalen Arbeitszeit geschaffene Profit vorenthalten wird, 2. daß dadurch sein Lohnanteil, gemessen an dem durch die Überstundenarbeit erhöhten Umsatz, sinkt. Statt der 25% Zuschlag, die er bekommt, stehen ihm 150% zu.
Was tun? Es würde den Arbeitern nichts einbringen, wenn sie die Überstunden verweigern würden. Zum anderen haben die Gewerkschaften schon lange aufgehört, ihre traditionelle Aufgabe in einer kapitalistischen Gesellschaft zu erfüllen; d.h. den Kampf um eine Erhöhung der Löhne, gemessen an der Erhöhung des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts zu führen. Sie begnügen sich damit, die einmal erkämpfte Lohnrate zu verteidigen. Daß die Gewerkschaften sich nicht mehr für den Kampf der Arbeiter gegen die unmittelbare Ausbeutung am Arbeitsplatz einsetzen, hat zum Teil objektive Bedingungen. Durch die in den 50er und 60er Jahren entstandenen übertariflichen Lohnzahlungen wurde die Politik der Gewerkschaften, die sich eben nur für allgemeine Lohnsätze einsetzen, immer wirkungsloser. Die übertariflichen Lohnzahlungen sollten in der Zeit der Vollbeschäftigung die Arbeiter an ihre Betriebe binden. Als die Konjunktur zurückging, wurden sie gekürzt und viele Arbeiter erlitten Einbußen, weil die übertariflichen Lohnzahlungen nur selten Teil der gewerkschaftlichen Forderungen waren.

Daher muß der Kampf vor allem auf der betrieblichen Ebene geführt werden. Viele Arbeiter fühlen zwar, daß sie von den Gewerkschaften im Stich gelassen werden. Daher gilt es jetzt, sich nicht nur über das Ausmaß der Misere, sondern auch über die Gründe dafür b e w u ß t zu werden. Dann kann der Kampf auch b e w u ß t und g e z i e l t geführt werden. Dazu müssen sich die Arbeiter selbst organisieren, um z.B. den Kampf um eine Erhöhung der Überstundenzuschläge wirkungsvoll zu führen.

DEUTSCH-AMERIKANISCHE FREUNDSCHAFT

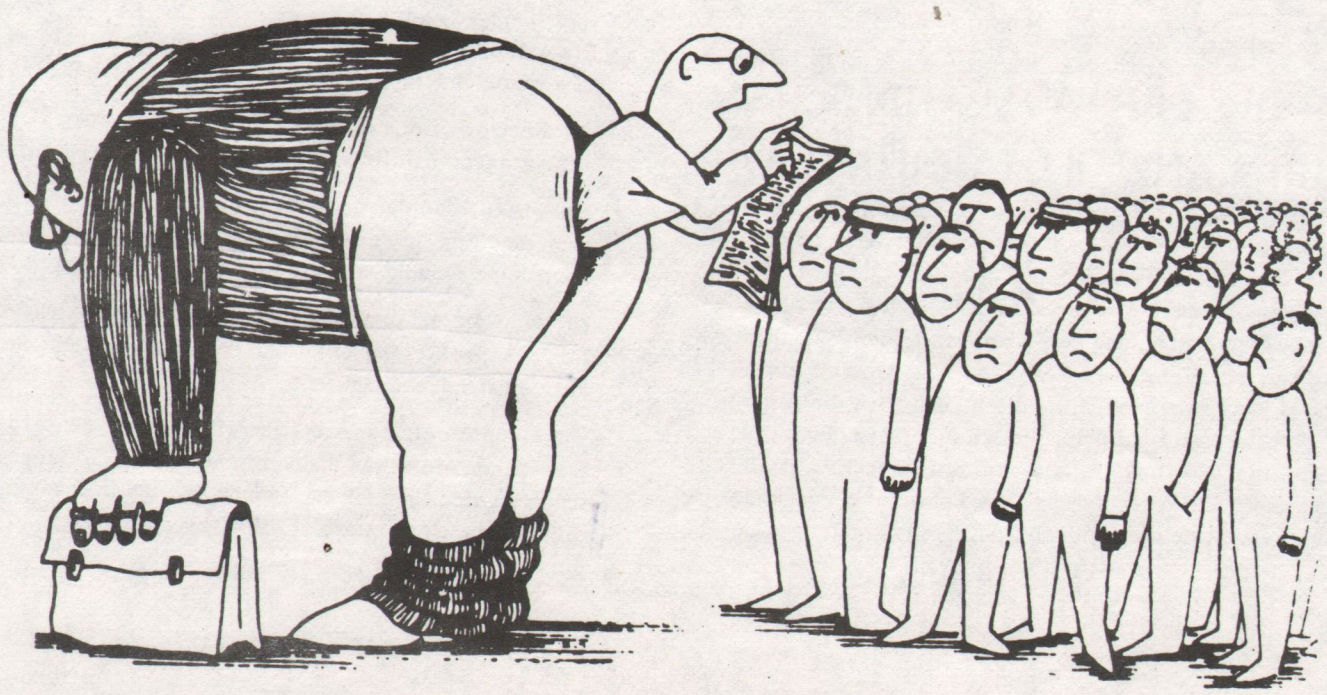
Alle 5 Jahre bekommt der deutsche Arbeiter in den amerikanischen Dienststellen von seinem amerikanischen Vorgesetzten einen warmen Händedruck und eine Urkunde. Dieses geschieht im Rahmen einer Feierstunde unter Hinzuziehung eines Fotografen und der örtlichen Presse. Das Bild hält den Augenblick des Händedrucks fest, es ist auch ein erhebender Moment, wenn der kleine Arbeiter von einem Oberst die Hand gedrückt bekommt. Die örtliche Presse berichtet über diesen ganzen Mist am nächsten Tag in phrasenhafter Weise, etwa so: Lohn der Arbeit ist Treue. Sie gaukelt ihren Lesern ein friedliches Bild zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vor, die eine schöne Familie bilden und alle in einem Boot sitzen.

Wie sieht es aber wirklich aus? Der oben beschriebene warme Händedruck wird mit der Zeit merklich kälter. Dies kann man bei den Konflikten feststellen, die sehr oft im Betrieb entstehen. Wir werden zwei Konflikte schildern und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten aufzeigen.

1. Vor einiger Zeit wurde zwischen der ÖTV und den zuständigen deutschen Dienststellen ausgehandelt, daß der Lohn der Arbeitnehmer auf ein Gehaltskonto zu überweisen sei, um die Lohnauszahlung zu rationalisieren. Dem Arbeitnehmer wurden bis zu 1,5 Stunden Abholzeit tariflich zugestanden. Diese Abholzeit wurde einige Zeit den Arbeitern gewährt. Wir machten am 30. oder 31. des Monats jeweils 1,5 Stunden früher Feierabend und holten unser Geld ab. Nach ca. 3 Monaten erklärte uns der deutsche Abteilungsleiter, 1 Stunde Abholzeit würde genügen. Somit konnten wir am Zahltag nur noch eine Stunde früher weggehen. Die braven Arbeiter reagierten auf diese Maßnahme überhaupt nicht. Nachdem sich der Abteilungsleiter offenbar stark genug fühlte, kürzte er die Abholzeit auf 0,5 Stunden mit dem Hinweis, die Banken seien bis 17.30 Uhr geöffnet. Jetzt reagierten die Arbeiter, sie setzten den Betriebsrat unter starken Druck. Er verhandelte mit dem US-Kommandanten, dieser war erst kürzlich nach hier versetzt, und es gelang, die alte Regelung von 1,5 Stunden Abholzeit wieder zu erreichen. Betriebsrat und Arbeiter waren stolz auf ihren "Erfolg". Wenn mir etwas weggenommen wird, und ich erhalte es zurück, ist es insofern kein Erfolg, da nur der alte tarifmäßige Zustand wieder hergestellt wurde.
2. Wir sind lohnmäßig der IG-Druck und Papier angeschlossen. Die IG-Druck und Papier erreichte am 1. 2. 69 eine Erhöhung der Tariflöhne um 7,1%. Hiernach kommen deutsche und amerikanische Dienststellen, ÖTV und Vertreter des Finanzministeriums zusammen; diese verhandeln nochmals über die Lohnerhöhung. Nach ca. 8 Wochen bekommen die Arbeiter auf einem Formular ihren neuen Lohn mitgeteilt. Dieses Mal dauerte es länger. Gestützt auf frühere Erfahrungen munkelte man, die außertariflichen Bezüge könnten abgebaut werden. Anfang Mai wurde bekannt, daß Herren aus Heidelberg kämen und der Betriebsleitung von den Lohnerhöhungen berichten würden. Die Arbeiter wurden unruhig, sie diskutierten. Es wurden Wandzeitungen ausgehängt. Die Texte der Wandzeitungen wurden diskutiert. Ein Arbeiter, der auf seiner Wandzeitung "Gerechtigkeit" gefordert hatte, schrieb einen schärferen Text, nämlich: "Die Unternehmer kassierten von Bonn 1967-68 Milliarden, wann kassieren wir?" Andere schrieben: "Gegen Lohnabbau hilft nur Solidarität." Der Abteilungsleiter wurde von den "Wasserträgern" gleich unterrichtet. Er beauftragte den Betriebsrat, die Schreiber der Wandzeitungen in das Büro zu bitten; dort würde er ihnen das neue Lohnabkommen erklären. Das wurde mit der Begründung abgelehnt, daß alle Arbeiter zu informieren seien. Am nächsten Tag kamen die Herren aus Heidelberg; sie kamen aber nicht, um die Arbeiter zu unterrichten. Sie zogen sich mit dem Abteilungsleiter und dem US-KOmmandanten in ein stilles Kämmerchen zurück. Der Betriebsrat wurde von den Arbeitern aufgefordert, an der Besprechung teilzunehmen, um somit Öffentlichkeit herzustellen. Er wagte den "mutigen Schritt", wurde aber schlicht aus dem Kämmerchen herausgeschmissen. Nach ca. 1 Stunde wurde dem Betriebsrat gesagt, er dürfe kommen. Nach einer weiteren Stunde ließ der Abteilungsleiter die Arbeiter antanzen (innerhalb des Produktionraumes!) und verkündete väterlich:, die Arbeiter, die den neuen Lohn schon über den Daumen angepeilt hätten, hätten sich verrechnet.
Der Arbeiter wird also für dumm erklärt. Dies ist kein Einzelfall. Die Betriebsleitung hat recht, sie erklärt das Richtige. Wer das angeblich richtige nicht anerkennt, wird für dumm hingestellt, sodaß der Arbeiter, der nicht dumm sein will sich schuldig fühlt und die Lohnkürzung als richtig ansieht. Der Abbau der außertariflichen Zulagen beträgt bei ca. 20% der Arbeiter 9 bis 35 Pfennig pro Stunde. Ca. 60 % behalten gleichbleibend ihre Zulage, ca. 20 % können 4 bis 15 Pfennig pro Stunde mehr bekommen. Die Abstriche werden sofort gemacht, die Aufbesserungen nicht. Dieser Versuch, den Arbeiter zu zwingen, die Lohnkürzung anzuerkennen, schlug fehl. Er wurde unterlaufen durch Diskussionen der Arbeiter im Betrieb. Ein Teil der Betroffenen diskutierte Maßnahmen, welche man ausführen könnte, um den Abbau des Reallohnes zu verhindern. Ein anderer Teil der Betroffenen resignierte und nahm die Arbeit sofort wieder auf. Da die Betriebsleitung geschickt genug war, nur einem Teil der Arbeiter den Reallohn zu kürzen, war es schwierig, eine Solidarität aller Arbeiter herzustellen. Die Spaltung der Arbeiter durch die Maßnahmen der Betriebsleitung führte schließlich dazu, daß ein Teil der von dem Abbau des Reallohns Betroffenen keine Möglichkeit sah, dagegen zu kämpfen. Gegen diese resignierende Haltung wurden richtige Argumente vorgetragen: von dem nächsten Abbau des Reallohns könnten alle Arbeiter betroffen werden. Gegen zukünftigen Lohnabbau können nur solidarische Aktionen aller Arbeiter wirksamen Widerstand leisten. Nur durch Streik oder organisierten Bummelstreik können sich die Arbeiter gegen die Erpressungen der "kleinen radikalen Minderheit" der Unternehmer wehren. Das sind die einzigen Möglichkeiten, die die Arbeiter haben, Bittstellerische Gänge oder Resolutionen, die an eine scheinbare Gerechtigkeit appellieren sind völlig sinnlos; sie tragen nur dazu bei, die Schwäche der Arbeiter zu erhalten.

Die Richtigkeit der Argumente wurde zwar anerkannt, aber zum gemeinsamen Handeln war man nicht bereit. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, und die ausgestreuten Gerüchte, daß eine Anzahl Planstellen in der nächsten Zeit gestrichen würden, verhinderten ein solidarisches Handeln. Bis jetzt wurde noch nicht die Erfahrung gemacht, wie durch solidarisches Handeln die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen können. Wenn nur Einzelne zu solidarischem Handeln bereit sind, steht dahinter nicht der richtige Druck. Wenn sich Arbeiter in Gruppen an ihrem Arbeitsplatz zusammenschließen, wird die Solidarität der bisher noch abseits stehenden Kollegen erreicht. Zudem hat eine Gruppe bedeutend mehr Informationsmöglichkeiten. Durch Diskussionen mit den Kollegen können die Informationen weitergegeben werden. Diese Gruppe müßte in Abbeitskreisen die Probleme des Betriebs diskutieren und gleichzeitig sozialistische Theorie erarbeiten. Ausgehend von Konflikten, die täglich im Betrieb entstehen, müssen sich Betriebsbasisgruppen bilden. Diese Basisgruppen können verhindern, daß bei kommenden Konflikten die Arbeiter in der Resignation verharren. Zum anderen können diese Basisgruppen ein organisierendes Moment im Kampf der Arbeiter selber sein. Sie müssen erklären können, daß die Konflikte nicht zufällig entstehen, sondern daß die Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber den Arbeitern ein Bestandteil des Kampfes der Kapitalisten gegen die Arbeiter selbst sind. Dies bedeutet, daß der Kampf der Arbeiter nicht auf den Betrieb beschränkt bleiben kann, sondern die kapitalistische Gesellschaft insgesamt abgeschafft werden muß. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die 1. Stufe:

Bildung von Betriebsbasisgruppen und deren organisatorische Verbindung untereinander.



Betriebsversammlung